

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 357

Einwohnerratssitzung vom Montag, 25. September 2006, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Uwe Klein, GR M. Hippenmeyer (bis 20.20 Uhr) Rös Graf, Karin Hess, Erich Weisskopf
Vorsitz	Siegfried Siegrist
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Dringliche Interpellation von Gert Ruder betr. „Dürrenhübel, Niderfeldboden“	2443
2.	Mutation zum Strassennetzplan Nr. 26 „Dürrenhübel“	2444
3.	Interpellation von Benedikt Schmidt betr. „Unklare Kompetenzzuteilungen im Gemeinderat“	2438
4.	Reglement über die Videoüberwachung, 1. Lesung	2439
5.	Quartierplanung „Geschäftshaus IKEA – Option Freizeit / Kino“ betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Option Freizeit / Kino, 1. Lesung	2440
6.	Tätigkeitsbericht der GPK 2005/2006	2441
7.	Zonenplan Siedlung, Mutation Nr. 11 „Stockmatt“	2445
8.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat von Gert Ruder betr. „Velosicherheit Pratteln Nord“
- Interpellation von Benedikt Schmidt betr. „Stromverbrauch der Strassenbeleuchtung“
- Postulat von Stefan Löw betr. „Informationsweitergabe aus der Gemeinde oder dem Gemeinderat“
- Postulat von H. Schiltknecht und F. Wiesner betr. „Abrechnung des Sitzungsgeldes“

- Interpellation von Eva Keller betr. „Verkehrsampel beim Schloss“

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

://: Auf Antrag von Rudolf Meury beschliesst der Rat, das Geschäft 2444 als Traktandum 2 zu behandeln.

Geschäft Nr. 2443

Dringliche Interpellation von Gert Ruder betr. „Dürrenhübel, Niderfeldboden“

Aktenhinweis:

- Dringliche Interpellation von Gert Ruder vom 28. August 2006

Gert Ruder, Benedikt Schmidt und Urs Baumann plädieren auf Dringlichkeit.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Dringlichkeit

GR Rolf Wehrli: Die Bohrtürme haben bohrende Fragen ergeben. *1. Auf welcher Grundlage hat der Gemeinderat entschieden das Gebiet zwischen Autobahn und Rheinstrasse erschliessungsplanerisch vorbereiten zu lassen?* Eine Erschliessungsplanung kann erfolgen, wenn sie die Umsetzung von Salina Raurica nicht erschwert oder verunmöglicht. Eine Planungszone hat nichts mit einem Baustopp zu tun. Es wird überprüft, ob zukünftige Entwicklungen nicht im Widerspruch zu den laufenden Gesuchen stehen. Die Erschliessungsplanung Dürrenhübel basiert auf dem aktuellen Entwurf des Spezialrichtplanes Salina Raurica und erfüllt zum heutigen Zeitpunkt die Auflagen der Planungszone. Sie erfolgt durch den Grundeigentümer die Schweizerische Rheinsaline und ist mit dem Kantonalen Amt für Raumplanung abgesprochen. *2. Welche Interessen, private und/oder öffentliche, machen es möglich, dass der Planungsstopp in diesem Gebiet Niderfeldboden/Dürrenhübel umgangen werden kann?* Die kantonale Planungszone, die über das Gebiet Salina-Raurica verhängt wurde, ist kein Planungs- oder Baustopp im Sinn von § 53 des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes. Die Planungszone ist ein zusätzliches Prüfungsverfahren, in dem sichergestellt wird, dass keine Projekte realisiert werden, die der Gesamtplanung im Gebiet Salina-Raurica zuwiderlaufen. Teilweise müssen Baugesuche abgelehnt oder zurückgestellt werden, andererseits werden Baugesuche im Zeitraum der Planungszone ganz regulär genehmigt. *3. Wie und auf welcher gesetzlichen Grundlage ist es möglich, dass die Schweizerische Rheinsaline ein für den Kanton Baselland wichtiges industriehistorisches Bauobjekt von seinem ursprünglichen Standort einfach versetzen kann?* Am 9. Mai 2006 hat eine Besprechung mit Vertretern der Schweizer Rheinsaline, der Gemeinde Pratteln und Vertreterinnen des ARP und der kantonalen Denkmalpflege stattgefunden. Es ging um die Verlegung der Bohrtürme. Normalerweise wird der Produktionsschlamm als Nebenprodukt der Salzproduktion in die stillgelegten Kavernen verpresst. Die Rheinsalinen möchten die Kavernen unter den Bohrtürmen untersuchen, ob diese auch für die Verpressung geeignet sind, da die übrigen Kavernen bald gefüllt sind. Zu diesem Zweck muss der Bohrturm versetzt werden. Man hat entschieden, den Bohrturm während dieser Untersuchung neben ein anderes Bohrhaus zu stellen, so dass der Gesamteindruck "wieder stimmt". Der Bohrturm soll dort bleiben, bis man sich für einen neuen Standort für das ganze Ensemble entschieden hat. *4. Die historischen und anerkannt schützenswerten Bohrtürme lie-*

gen auf dem Gemeindegebiet von Pratteln. Hat der Gemeinderat auf das Baugesuch der Rheinsalinen Einsprache erhoben? Wenn nein warum nicht? Nein, der Gemeinderat hat gegen das Baugesuch auf Grund der unter 1 bis 3 genannten Punkte keine Einsprache erhoben.

Gert Ruder verlangt Diskussion.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion

Gert Ruder: Es ist schön und vielleicht auch gut und recht, was wir als Antwort erhalten haben. Aber es ist seltsam, wenn man im Lauf des Jahres den Erläuterungsbericht zum Entwicklungsplan Salina Raurica erhält. Viele schöne Pläne, mit den speziell eingezeichneten Türmen und einer Grünzone. Ich finde das auch am richtigen Ort, wenn das ganze Gebiet Salina Raurica einmal überbaut sein wird. Es ist seltsam, wenn der Kanton alle zur Vernehmlassung einlädt, aber „hinterrücks“ etwas anderes macht. Da komme ich mir als politisch engagierter Prattler und Steuerzahler etwas komisch vor. Das ist die Politik von „Sand in die Augen streuen“ und moralisch zweifelhaft. Ich spreche hier im Wesentlichen das Verhalten der Regierung und vom ARP an. Ich war beim Einbezug der Öffentlichkeit dabei, wir haben das Gelände abgesehen und das Ganze mit den Augstern besprochen. Darauf folgten weitere Termine und man hat gute Ergebnisse erzielt. Und jetzt wird einfach etwas anderes gemacht. Es mag sein, dass es nur eine Planungszone ist, aber ich finde es verwerflich, wenn die historischen Objekte in Form der Bohrtürme (so auch auf der Homepage der Gemeinde erwähnt) irgendwo verschwinden sollen. Die heute bestehende Einheit wird wohl kaum mehr möglich sein, wenn nicht soviel Land herum verbleibt.

GP Beat Stingelin: Das neuste Blatt vom Kanton datiert vom 24. Januar 2006. Das ganze heisst kantonaler Spezialrichtplan. Es ist tatsächlich so, dass dort etwas anderes geplant war. Auf dem Plan steht: *„Spezialrichtplan Salina Raurica, Pratteln Dürrenhübel, Arbeitsplatzextensive Gewerbebetriebe. Die arbeitsplatzextensiven Gewerbe stehen ausschliesslich Betrieben zur Verfügung, die aufgrund ihrer Grösse und Tätigkeit über wenige Arbeitsplätze verfügen und auf eine schnelle Anbindung an die Nationalstrasse angewiesen sind. Arbeitsplatzextensive Gewerbegebiete sind beispielsweise Logistikbetriebe, Lagerräume und Werkhöfe. Die Abgrenzung ist nicht parzellenscharf.“* Das ist der gleiche Kanton, der das gemacht hat. Der Landrat hat vor den Sommerferien über die Kröten abgestimmt. Die Kröten wären genau dort neben den Bohrtürmen. Der Landrat hat also bereits vor den Sommerferien gewusst, dass dies nicht mehr so ist und es ist also dann schon klar gewesen, dass die Kröten nicht dorthin kommen.

Urs Hess: Mir ist es gleich wie Gert ergangen. Ich muss ganz klar berichtigen, dass der Landrat die Angelegenheit „Kröten“ noch nicht behandelt hat. Das Geschäft wurde im Landrat zurück gestellt und ist nun bei der Umwelt- und Energiekommission. Der Landrat weiss also noch nicht, wo die Kröten hinzügeln. Eine Verschiebung der Bohrtürme finde ich nicht wahnsinnig schlimm. Sie kommen aber nur zur Geltung, wenn sie in einem Grüngürtel stehen.

GR Rolf Wehrli: Wir stehen tatsächlich in einer Entwicklungsphase und es muss so sein, dass dies zu Diskussionen führt. Ich muss aber die Begriffe „Sand in die Augen gestreut, hinterrücks und verwerflich“ zurückweisen. Das ist keine Basis für eine gemeinsame Diskussion. Die Bohrtürme wurden immer wieder verschoben und man muss der Rheinsaline zu gute halten, dass sie die Türme erhalten wollen. Aber die Firma muss sich auch weiterentwickeln und fortbestehen können. Das kommt auch uns zu gute. Niemand hat die Absicht, dass wir die Bohrtürme weghaben wollen, aber sie müssen in die Entwicklung hineinpassen. Wir kommen beim Geschäft Nr. 2444 noch einmal darauf zu sprechen. Ich bitte Sie um eine sachliche Diskussion und es ist

auch das Ziel des Gemeinderates, dass die Bohrtürme erhalten bleiben und dort weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Kurt Lanz: Es ist eine Mitsprache der Bevölkerung vorausgegangen. Es ist aber keine Basis, wenn man sagt, das Volk kann mitreden und bei einer Richtungsänderung kann das Volk nicht mehr mitreden. Die Politverdrossenheit kommt vielleicht davon. „Die machen ja sowieso was sie wollen.“ Und jetzt ist es auch so. Das ist das Problem, welches Gert Ruder stört.

Rudolf Meury: Das ist ja reine Vergangenheitsbewältigung. Wir müssen nach vorne schauen.

Gert Ruder: An Ruedi Meury: es geht hier um eine Interpellation. Da werden Fragen gestellt und danach wird darüber diskutiert. Wir lehnen hier nichts ab. Zu den Bohrtürmen: In dieser Interpellation stecken auch meine Emotionen und die Verletzung von Gefühlen. Das heisst aber nicht, dass man nicht sachlich über das weitere Vorgehen diskutieren kann. Ich weiss auch, dass die Türme in der Vergangenheit gezügelt wurden. Jetzt werden sie auch gezügelt und es ergibt eine Einheit, ein Bild, das dokumentiert, wie es früher gewesen ist. Wenn aber Logistik- und Gewerbegebäude rundum gebaut werden, dann wird diese Einheit zerstört und wir haben eine Situation wie beim Herrschaftshaus am Hohenrain. Ich will, dass die Türme in der Rheinebene so aussehen, wie wenn sie in Betrieb wären und in einer grösseren Grünfläche zu stehen kommen. Zu den Fröschen: Die SP hat in der Vernehmlassung klar Stellung betreffend Zurlindengrube genommen. Sie soll dort bleiben, wo sie ist und bleibt somit ein Teil der ökologischen Vernetzung. Dazu sparen wir etliche Millionen. In der Vernehmlassung wurde auch die Idee erwähnt, das Rheinbord zur Grube hin zu öffnen und damit eine Auenlandschaft entstehen zu lassen. Das ergäbe Erholungs- und Naturschutzgebiet in Kombination.

Geschäft Nr. 2444

Mutation zum Strassennetzplan Nr. 26 „Dürrenhübel“

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 5. September 2006

Urs Hess: Hier hat es schon noch einige Knackpunkte und wir beantragen, auf das Geschäft einzutreten und an die BPK zu überweisen.

Benedikt Schmidt beantragt, das Geschäft zurückzuweisen. Salina Raurica muss als Einheit behandelt werden und wir wollen keine Salamtaktik.

Heinz Schiltknecht: Die SP hat widerwillig beschlossen, auf das Geschäft einzutreten. Nachdem uns der Gemeindepräsident die Leviten verlesen hat, sind wir auf seine Linie eingeschwenkt. Ich bitte Sie, den Vorschlag von Urs Hess zu unterstützen.

Thomas Vogelsperger unterstützt den Antrag von Urs Hess.

André Stöckli: Ich verspreche Euch, dass die BPK das Geschäft speditiv behandeln wird.

GR Rolf Wehrli: Im Rahmen der Planungszone sind die Baugesuche überprüft worden. Diese laufen dem Spezialrichtplan nicht zuwider. Ich gebe zu bedenken, dass wir keinen Wildwuchs haben, so lange die Planungszone besteht. Das Geschäft muss also speditiv in der BPK behandelt werden. Nicht zuletzt hat das Prattler Gewerbe

starkes Interesse, dort unten zu bauen. Unterstützen Sie unser Gewerbe, welches Arbeitsplätze schafft. Es handelt sich auch um ein in Arisdorf langjährig ansässiges Unternehmen, das qualifizierte Arbeitsplätze anbietet.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen:

://: Der Rückweisungsantrag von Benedikt Schmidt wird abgelehnt.

Heinz Schiltknecht: Zum Strassennetzplan: Uns stört, dass dort ein Bogen quer in das Areal hineinläuft. Ich bitte die BPK, dieser Tatsache besondere Beachtung zu schenken. Wenn die Strasse so verlaufen soll, wie dies der Kanton momentan vorsieht, dann wäre die Strassenführung logisch. Aber vielleicht a) überlegt es sich der Kanton nochmals anders und b) Salina Raurica wird beerdigt. Wir sind ja verpflichtet, das Land zu erschliessen, aber ich bitte Sie, auf eine logische und sinnvolle Art.

Benedikt Schmidt: Das Projekt Salina Raurica hat mindestens noch ein Manko: Es fehlt der Korridor für ein grossräumiges Biotop, wo Tiere auch passieren können. Die im SNP vorgesehenen Strassen würden einen solchen Korridor komplett zerschneiden.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Geschäft Nr. 2444 wird an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

Geschäft Nr. 2438

Interpellation von Benedikt Schmidt betr. „Unklare Kompetenzzuteilungen im Gemeinderat“

Aktenhinweis:

- Interpellation von Benedikt Schmidt vom 22. Juni 2006

GP Beat Stingelin: *1. Wie kam es zu diesen unklaren Kompetenzzuteilungen in der Abteilung Bau? 2. Gibt es bei anderen Abteilungen ähnliche Fälle von unklaren Kompetenzzuteilungen? 3. Seit wann ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die Zuteilungen unklar sind? 4. Beeinflussen die unklaren Kompetenzzuteilungen die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung negativ? Haben die unklaren Kompetenzzuteilungen Auswirkungen auf die „Kunden“ der Gemeinde? 5. Falls die unklaren Kompetenzzuteilungen die Arbeit des Gemeinderates und/oder Verwaltung negativ beeinflussen, wie und wann gedenkt der Gemeinderat die Situation zu verbessern?*

Der Gemeinderat hat die Augen aufgemacht und bei der Ausarbeitung der Vorlage die Argumente für und gegen eine Reduktion des Gemeinderates in verschiedenen Gemeinden geprüft. Der Gemeinderat hat die Argumente aus der allgemeinen Diskussion, auch in den anderen Gemeinden, einerseits und die Argumente aus den Unterschriftenbögen der FDP und aus der Motion 2349 andererseits in der Vorlage wiedergegeben. Er hat nichts anderes als das getan, als aus dem Bogen der FDP zitiert: „Absurd, 7 Chefs für 5 Abteilungen“. Weiter: „Wenn 7 Chefs 5 Abteilungen führen so sind Aufgabenüberschneidungen und Koordinationsprobleme an der Tagesordnung. Ineffizienz und unnötige Diskussionen sind die Folgen“. „Die Verantwortlichkeiten sind klar geregelt, wenn die Zahl der Departemente mit der Zahl der Abteilungen übereinstimmt“. Das ist nicht die Meinung des Gemeinderates. Dann hat Dieter Stohler am 29. Mai 2006 gesagt: „So betreuen in der Abteilung Bau nicht weniger als vier

Gemeinderäte Aufgaben. Das ist ein kleinerer Skandal....". Das haben wir aus dem Protokoll in der Vorlage wiedergegeben. Es ist ganz klar, dass in der Vorlage nicht die Meinung des Gemeinderates wiedergegeben wurde, sondern vorwiegend die Meinung der FDP.

Benedikt Schmidt: Ich bedanke mich für die Beantwortung. Wenn das nicht die Meinung des Gemeinderates ist, was da geschrieben steht, sondern nur von der FDP abgeschrieben wurde, dann habe ich keine weiteren Fragen.

Geschäft Nr. 2439

Reglement über die Videoüberwachung, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 11. Juli 2006

Dominik Strub: Wir sind nicht erbaut über die Vorlage, denn Videoüberwachung ist das Eingeständnis für eine gewisse Ohnmacht. Man hat keine andere Möglichkeit mehr, ein Teil der Bevölkerung „im Griff zu haben“. Videoüberwachung ist ein Ausdruck von Angst. Wir befinden uns zwar noch nicht in der Pariser banlieue, aber es ist der falsche Weg, den Kopf in den Sand zu stecken und überall Videokameras aufzubauen und so die hausgemachten regionalen Probleme wegzustecken. Wir sind für Eintreten.

Dieter Stohler: Es ist eine gute Vorlage und es ist eine Interessenabwägung zwischen der persönlichen Freiheit von jedem Einzelnen und der Interessen der Gemeinde Pratteln, der Verhinderung von Straftaten und Verfolgung von Verbrechen und Vergehen. Beides ist sehr wichtig. Es geht hier nicht um Bagatelldelikte und die FDP gewichtet das Interesse an der Sicherheit höher. Wir sind für Eintreten und für die Möglichkeit der Videoüberwachung. Der Gemeinderat beachtet sehr sorgfältig den Datenschutz und lässt die Überwachung nur unter ganz bestimmten Auflagen zu. Wir leben heute in einer Zeit, wo solche Massnahmen leider dazu gehören. Aber wir dürfen die Augen vor Straftaten nicht verschliessen und müssen mit angemessenen Massnahmen die Verantwortung übernehmen.

Chantal Jenny: Die SVP will auf das Geschäft eintreten. Was es bringt, hat sich in der Pilotphase bereits gezeigt. Kriminalität und Straftaten sind zurückgegangen und es hat zum gewünschten Erfolg geführt. Wir werden dem Reglement so zustimmen.

GR Ruedi Handschin: Bis heute hatten wir ein Pilotprojekt und wir haben das Ziel klar erreicht. Heute schaffen wir die Rechtsgrundlage dazu. Sie haben aus der Vorlage entnehmen können, was in Pratteln für unschöne Dinge geschehen sind. Von Einbruchdiebstahl bis hin zur Körperverletzung. Das sind Straftaten und wir haben versucht, das in den Griff zu bekommen. Es sind vermehrt Polizeikontrollen gemacht worden. Kantonspolizei, Securitas, die Jugendbeauftragten und streetworker waren vermehrt vor Ort. Leider hatten wir damit nur beschränkt Erfolg. Ich habe immer mehr gehört, dass sich Personen an der Tramendstation bedroht fühlen. Das war für mich der Auslöser für das Handeln in Form der Videoüberwachung. Videoüberwachung ist heute omnipräsent. Im Autoverkehr, in der Bank und in Einkaufshäusern. Mit der Videoüberwachung haben wir das Ziel, potentielle Täter abzuschrecken und im Ereignisfall auch überführen zu können. Es hat gewirkt in Pratteln und zwar vom ersten Tag an. Die Überwachung läuft folgendermassen: es ist eine stationäre Bildaufzeichnung die fix an kritischen Orten eingestellt ist. Die Bilder werden „operatorlos“ aufgezeichnet und es findet keine aktive Überwachung durch eine Person statt. Wenn nichts passiert, schaut kein Mensch die Bilder an und die Bänder werden wieder ge-

löscht. Eine persönliche Einschränkung findet nicht statt. Wir haben von Beginn weg mit dem Kanton gute Kontakte gepflegt. Am Runden Tisch haben wir mit allen Beteiligten das Thema besprochen und die Videoüberwachung für Pratteln unter Berücksichtigung des Datenschutzes entwickelt. Dank dieser Vernetzung ist es möglich gewesen, dass wir heute ein besseres Bild von Pratteln haben. Wir sind nicht mehr so in den Schlagzeilen. Das Ziel ist erreicht: die Sicherheit haben wir erhöht, die Straftaten haben sich reduziert und wir haben weniger Vandalismus. Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es natürlich nicht. Das Reglement ist massvoll, erfüllt alle Auflagen des Kantons und ist vom Datenschutzbeauftragten abgesegnet worden. Ich bitte Sie, dem Reglement zuzustimmen.

Kurt Lanz: Ich sehe es ähnlich wie Dominik Strub und Videoüberwachung ist wohl ein notwendiges Übel. „Big brother is watching you“. Wir bekämpfen damit nicht die Ursachen. Es ist ein Problem, wenn wir nur auf der Schiene fahren und „Pflasterli“ verteilen. Wir pflastern Wunden zu, anstatt zu schauen, dass man sich nicht schneidet. Für uns ist ganz klar, dass dies zurückhaltend angewendet werden muss. Es steht zwar so im Reglement, aber vielleicht müsste man es noch zurückhaltender anwenden. Es braucht nicht an jedem Fest eine Kamera. Die Anschrift muss sichtbar und offensichtlich sein. Ein kleines Schildchen reicht da nicht aus. Es ist wahrscheinlich auch so, dass am Standort der Kamera weniger vorfällt und dafür an einem anderen Ort mehr.

Dominik Strub: Tatsächlich ist weniger vorgefallen. Die Szene hat sich allgemein beruhigt, obwohl nirgends eine Kamera installiert ist. Es gibt verschiedene Hinweise, dass präventive und vorbeugende soziale Massnahmen nicht das nötige Gewicht erhalten haben. Aus der Vorlage: *„Vermehrte Kontrollen der Kantons- und Gemeindepolizei und der Einsatz von Securitas-Mitarbeitenden zeigten nicht die gewünschte Wirkung. Daher beschloss man, zum Mittel der Videoüberwachung zu greifen. Die Kameras haben also eine vorbeugende, d.h. präventive Wirkung.“* Ich arbeite im Präventivbereich und so etwas stösst schon „sauer auf“. Ich möchte noch auf eine Studie der eidgenössischen Ausländerkommission hinweisen. Da steht, dass geringe emotionale Wärme, Überforderung der Eltern, unangemessener Erziehungsstil und ganz generell die Gewalt in allen Formen die Hauptursache sind, dass Jugendliche Gewalt anwenden. Das zeigt, dass Prävention etwas ganz anderes bedeutet und wir müssen dort ansetzen. Niederschwellige Beratungsangebote, wie auf dem Robispielplatz, das geplante Familienzentrum und die Entwicklungsförderung von potentiell gefährdeten Kindern. Das wäre wichtiger denn je. Der Datenschutzbeauftragte hat auf der Checkliste ganz klar geschrieben, dass drei Elemente in Betracht gezogen werden müssen, bevor eine Videoüberwachung gemacht wird. Das sind bauliche, personelle und soziale Massnahmen. Soziale Massnahmen sind: Einrichtung eines Jugendtreffs, sozialpädagogische Einrichtungen, troubleshooting, Gassenarbeit und streetworking. Das gibt es in Pratteln. Die Frage ist nur. Reicht das, oder müssen wir hier nicht ausbauen?

Thomas Vogelsperger unterstützt die Aussagen von Dominik Strub.

GR Ruedi Handschin: Die Verbesserung in Pratteln ist nicht nur auf die Videoüberwachung zurückzuführen. Die vernetzten Massnahmen mit dem Kanton, den Jugendbeauftragten und mit der Schulleitung sind auch zu erwähnen. Ich bringe es auf den Punkt: Wer nichts zu verbergen hat, hat die Videoüberwachung auch nicht zu befürchten.

1. Lesung

§ 3

Dominik Strub stellt folgenden Antrag: Absatz 1 wie bisher, Absatz 2 neu: *„Insbesondere präventiven sozialen Massnahmen müssen genug personelle und zeit-*

liche Ressourcen zur Wirkungsentfaltung eingeräumt werden.“ Absatz 3 wie bisher Absatz 2.

Urs Hess und **GR Ruedi Handschin** lehnen den Antrag ab. Er widerspricht der Einheit der Materie.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen:

://: Der Ergänzungsantrag von D. Strub wird abgelehnt.

§ 7

Dominik Strub stellt folgenden Antrag für eine Neuformulierung: *„Die Videoaufzeichnungen sind so lang aufzubewahren, wie sie für den Zweck nötig sind, maximal jedoch 96 Stunden. Anschliessend sind sie automatisch zu vernichten oder zu überschreiben, sofern sie nicht nach § 5 weitergegeben werden.“* Im Reglement des Datenschutzbeauftragten ist vorgesehen, dass die Daten automatisch vernichtet werden.

Kurt Lanz: Es gibt Systeme mit Endlosbändern, die sich immer wieder automatisch überschreiben. Wir müssen die Gewähr haben, dass nicht irgendwo Bänder gehortet werden. Das wäre eine Lösung.

Dieter Stohler: Es passiert nichts automatisch. Es ist klar geregelt und das Band wird nach 96 Stunden gelöscht, es sei denn, es ist eine Straftat begangen worden. Wichtig ist, dass es kontrolliert wird und auch tatsächlich gelöscht wird.

Rudolf Meury: Technische Details gehören nicht in ein Reglement.

Kurt Lanz: Ich bitte abzuklären, ob es solche Systeme für 96 Stunden gibt.

Heinz Schiltknecht: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Was passiert, wenn es nicht gelöscht wird. Ich verweise auf die Fichen-Affäre. Ich bitte den Gemeinderat abzuklären, ob der Vorschlag von Kurt Lanz realisierbar wäre. Dann könnte man das Wort „automatisch“ einsetzen, denn die Möglichkeit des Missbrauchs ist gegeben.

Thomas Vogelsperger: Es gibt auch servergestützte Systeme. Wichtig ist, dass eine „menschliche“ Kontrolle durchgeführt wird, dass die manuelle oder automatische Löschung auch funktioniert.

Fredi Wiesner: Es gibt nichts „automatisches“. Mir ist wichtig, dass gewährleistet ist, dass die Bänder nach 96 Stunden gelöscht werden und das auch kontrolliert wird. Wie auch immer.

GR Ruedi Handschin: Es läuft heute alles auf Disk. Die Überschreibung ist softwaregesteuert und nach 96 Stunden wird gelöscht. Ich kann Ihnen versichern, dass bei entsprechender Einstellung die Daten auch tatsächlich gelöscht werden.

Heinz Schiltknecht: Nach dem Votum von Ruedi Handschin kann man das Wort automatisch auch in das Reglement nehmen.

Werner Graber: Im Öffentlichen Verkehr werden wir tagtäglich überwacht. Wenn keine Meldung kommt, dann wird automatisch gelöscht. Man schaut nur nach, wenn etwas passiert ist.

Der Rat beschliesst mit 20 : 17 Stimmen:

://: Der Antrag von D. Strub wird abgelehnt.

§ 8 Abs. 3

Dieter Stohler: Hier steht: „Im Übrigen bleiben die Datenschutzbestimmungen des eidgenössischen Rechts und des Informations- und Datenschutzgesetzes vorbehalten.“ Im kantonalen Recht steht nichts von Informationsgesetz. Ich bitte den Gemeinderat, das abzuklären und dann in der neuen Formulierung auch das kantonale Recht zu erwähnen.

Dominik Strub: Wird die vom Datenschutzbeauftragten vorgeschlagene „automatische Verschlüsselung“ (verschwommene Gesichter) in Erwägung gezogen? Bei Bedarf kann das entschlüsselt werden.

GR Ruedi Handschin: Wenn jemand ein Verbrechen begangen hat wollen wir die Gesichter eigentlich erkennen.

Ende der 1. Lesung

Fragestunde

Frage von Ch. Schäublin betr. „Benützung der Sportplätze“

GP Beat Stingelin: Welche (Rasen-)Sportplätze (Hexmatt, Fröschmatt, Sandgrube) und weshalb sind sie während den Sommerferien für die Öffentlichkeit gesperrt? Die Plätze werden von den Schulen und den Vereinen genutzt. In den Sommerferien werden diese nicht genutzt und wir können die Anlagen flicken. Die hauptsächlichen Nutzer, der Fussballclub und der American-Football-Club, haben dann Sommerpause. Nach den Ferien sind die Plätze dann wieder bereit. *Wäre es nicht im Sinne von „Prattete bewegt“ (sich), wenn diese Sportplätze, vor allem von den Schülerinnen und Schülern während den Sommerferien, mehr benutzt werden könnten?* Tatsächlich soll das so sein und das geht auch. In den Sommerferien sind offen: In der Längi: Grüngürtel mit Tischtennistisch, den Schulhausplatz mit Fussball und Basket. Gebiet Mühleweg: Die eingezäunte Boniwiese bei der Barriere. Gebiet Erlen: Vitaparcours und Hartplatz beim Schulhaus. Gebiet Aegelmatt: streetsoccer, Kunststoffplatz mit Basket und eine kleine und grosse Wiese. Gebiet Dorf: Jugendhauswiese, Jörinpark, Grossmattwiese, Schulhausplatz mit Basket und für die ganz Kleinen das Piratenschiff. Gebiet Fröschi und Münchacker je ein Kunststoffplatz. Gebiet Sandgruben: Dort haben wir das Schwimmbad, eine grosse Spielwiese mit Beachvolleyball, eine Skateranlage, Basket, streetsoccer und einen Fussballplatz, das sogenannte C-Feld, der das ganze Jahr offen ist. Wenn man sich in Pratteln bewegt, dann kann man sich bewegen.

Frage von B. Baumann betr. „Verkehrs Ordnungsdienst auf Gemeindeebene“

GR R. Handschin: *Wer hat diesen Auftrag erteilt und was ist der genaue Inhalt?* Das ist der Kanton gewesen und zwar im Zusammenhang mit der Autobahnsanierung. Der Verkehrsdienst hat den Auftrag, bei Spitzenzeiten den Verkehr zu regeln und Staus zu verhindern. *Wie lange dauert dieser Auftrag?* Das hängt von der Autobahnsanierung ab. *Aus welchem Grund wurden diese Ordnungsdienste beauftragt?* Das habe ich bereits beantwortet. *Wer übernimmt die Kosten dieses Auftrages?* Sämtliche Kosten trägt der Kanton.

Frage von Ph. Doppler betr. „Adressverwaltung in der Gemeinde“

GR Max Hippenmeyer: *1. Wie viele verschiedene Adresslisten werden zurzeit auf der Gemeinde verwaltet?* Folgende Adressdatenbanken werden elektronisch und autonom geführt: Einwohnerdienst, Schule (inklusive Musikschule und Kinder- und Jugendzahnpflege) und Sozialdienst. Ich kann mir vorstellen, dass die verschiedenen Kommissionen und die Feuerwehr auch Adresslisten haben. Die Adressen der Mandatsträgerinnen und –träger sowie der Lohnbuchhaltung werden ebenso jeweils autonom geführt. Bei der Lohnbuchhaltung hat sich gezeigt, dass eine Mehrheit der erfassten Personen nicht in Pratteln wohnhaft ist. Eine Verknüpfung mit der Einwohnerkontrolle wäre nicht so sinnvoll. Daher wurde (mindestens vorläufig) auf die Schaffung einer Schnittstelle verzichtet. Dazu kommen Probleme betreffend Datenschutz dazu. Im Bereich der Werke, Steuern und allgemeine Debitoren wurden jedoch bereits Vereinheitlichungen vorgenommen. Im Rahmen des Projektes KANADA hat der Kanton erhoben, dass im Kanton rund 25 Dienststellen mit vergleichbarem Adressinhalten (Rund 6 Millionen) geführt werden, die nicht elektronisch verknüpft sind. Man will Abhilfe schaffen und die Gemeinden werden selbstverständlich dort mitmachen. *2. Sind sich Gemeinderat und die Verwaltung der Unannehmlichkeiten von falsch adressierter Post (Bsp. Lohnbüro) bewusst?* Ja, das ist so und führt zu Unannehmlichkeiten. Wir bemühen uns aber und ich bin sicher, dass Adressmutationen in der Verwaltung gemeldet werden. *3. Weshalb wird in der heutigen Zeit von Datenbanken, Netzwerken und Emails nicht eine zentrale Datenbank für alle Büros eingerichtet?* Das ist nicht so einfach, aber an einer ständigen Verbesserung der Verknüpfungen wird gearbeitet. Dabei ist jedoch auch der Datenschutz zu gewährleisten. *4. Haben sich Gemeinderat und/oder Verwaltung schon mit diesem Thema auseinandergesetzt? Welche Überlegungen und Schlüsse zog man daraus?* Das habe ich bei der Frage 3 beantwortet.

Frage von B. Schmidt betr. „Grossprojekte in der Rheinebene“

GP Beat Stingelin: *Passt dieses Projekt in das Konzept von „Salina Raurica“?* Hier geht es um die beiliegende „Zeitungsente“. Meine Antwort ist klar nein. Am 15. September 2006 war der Gemeinderat bei der Novartis und wir haben dort nachgefragt. Novartis hat es auch aus der Zeitung erfahren. *Ist ein derartiges Grossprojekt vor Abschluss der Planung „Salina Raurica“ sinnvoll?* Das ist sicher nicht sinnvoll. Frau Schneider hat schon verschiedene Ideen gehabt, aber an der Geschäftsleitungssitzung vom 20. September 2006 wurde das Projekt abgelehnt. Die Gemeinde Pratteln hatte, wie immer, keine Mitteilung darüber. *Welche Meinung hat der Gemeinderat zu diesem Projekt?* Ein Kohlekraftwerk war schon vor rund 20 Jahren dort geplant und wurde auch ein Fasnachtssujet. Ich habe die schwarze Larve noch immer zu Hause. Frau Schneider hat wohl laut gedacht und die Rheinebene geht ja auch bis Holland. Meine Meinung: Hier ist ein Gasballon gestartet worden. Fertig.

Geschäft Nr. 2440

**Quartierplanung „Geschäftshaus
IKEA – Option Freizeit / Kino“
betreffend Umweltverträglichkeits-
prüfung (UVP) für die Option Frei-
zeit / Kino, 1. Lesung**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 8 August 2006 mit verschiedenen Unterlagen.

Daniela Dürr, Petra Ramseier, Albert Willi und André Stöckli sind für Eintreten.

GR Rolf Wehrli: Der vorliegende Quartierplan ist bereits dem Einwohnerrat vorgelegen. Auch mit der Option Freizeit/Kino. Nach der Beratung in der BPK war das Ganze eine klare Sache. Heute geht es darum, dass der vom Regierungsrat verlangte UVP vorliegt. Ich bitte Sie, dieser formellen Sache betr. UVP und dem vorliegenden Quartierplan heute zuzustimmen. Seither hat sich nicht allzu viel verändert und bei der ersten Beratung wurde ja bereits abgestimmt.

Heinz Schiltknecht: Ich möchte vom Gemeinderat für die 2. Lesung einen update der Kreiselkosten und möchte wissen, ob das Geld im Topf überhaupt ausreicht. Die I-KEA hat ja schon einmal bezahlt und hier hat es einen Kreisel, der nicht von IKEA gesponsert wird.

Petra Ramseier: Die im UVP genannten 10 Prozent Mehrverkehr scheinen irrelevant zu sein. Nicht irrelevant ist jedoch die zeitliche Verteilung des Mehrverkehrs. Verkehr, der durch das Kino und Verkehr, der durch das Shoppingcenter generiert wird. Dazu haben wir keine Informationen.

GR Rolf Wehrli: Das update der Kreisel werden wir Euch vorlegen. Zur Frage von Petra Ramseier kann ich im Moment keine Aussage machen. Das mache ich gerne an der 2. Lesung. In der Regel findet Kino am Abend statt.

1. Lesung

6 Erschliessung und Parkierung

Petra Ramseier (mit Hellraumprojektor): IKEA ist mit unseren Vorschlägen einverstanden gewesen. Wir stellen folgenden Änderungsantrag beim 4. Abschnitt im Kapitel Öffentlicher Verkehr: Neu soll es dort heissen: *„Der Betrieb des Shuttle-Busses ergänzt die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehrsmittel, wie z.B. durch die Buslinien 80, 83 und 84 und wird parallel zu diesen geführt.“* Im Kapitel Parkierung möchten wir einen neuen Abschnitt einfügen. Dieser heisst: *„Das Geschäftshaus führt eine Parkplatzbewirtschaftung ein. Dabei gilt der Mindestbetrag von Fr. 1.- pro Stunde, zahlbar ab der ersten Minute. Jede Form von Rückerstattung oder Rückvergütung an die Kundschaft ist unzulässig. Diese Regelung wird beibehalten, bis ein kommunales und übergeordnetes Parkplatzreglement in Kraft tritt.“*

André Stöckli: Wieso ist das nicht integriert worden, wenn IKEA das auch will. Mich überraschen die beiden Anträge, weil wir das Ganze bereits nach vorne und nach hinten durchdiskutiert haben. Ich möchte geklärt haben, ob IKEA wirklich dafür ist.

Albert Willi: Wir lehnen beide Anträge ab.

Kurt Lanz: Bei den Verhandlungen mit IKEA wurde gesagt, dass sie nichts dagegen haben. Das heisst nicht, dass IKEA das hier niedergeschrieben haben will. Zweitens: Auch wenn wir zu einem Reglement ja gesagt haben, dann darf man bei einer erneuten Vorlage auch schlauer werden und neue Beschlüsse fassen. Es ist legitim, die gleichen Anträge nochmals zu stellen.

GR Felix Knöpfel: Der Kanton wird keine Konzession bewilligen, wenn es die Buslinien konkurrenziert. Das war ja in der Vergangenheit auch so.

André Stöckli: Das hat mit System zu tun und nicht mit „schlau werden“. Wir haben einen klaren Beschluss gefasst und ich möchte das so verabschieden.

Thomas Vogelsperger: Wenn wir Probleme bekommen betreffend Shuttlebus dann stellen wir folgenden Antrag der SP: *„Der Betrieb eines Shuttle-Busses oder des öffentlichen Verkehrs muss bis eine halbe Stunde nach Betriebsschluss aller Lokalitäten gewährleistet sein.“*

GP Beat Stingelin: Der Shuttle-Bus ist vom Kanton verneint worden, wenn man diesen parallel laufen lässt. Liestal sagt, dass in den Zeiten, wo die Busse nicht fahren, der Shuttle betrieben werden kann. Das ist ein Schreiben im Zusammenhang mit Pratteln-Mitte. Es macht keinen Sinn, das in einen Quartierplan einzupacken. Alle anderen haben das nicht und wir müssen alle gleich behandeln. Die Zusage von IKEA haben wir tatsächlich auch schriftlich. Wir haben aber auch Zusagen von Media-Markt und Grüssen 4. Die Zusagen vom Grüssencenter haben wir nicht, weil die damals nicht dabei gewesen sind. Aber auch sie werden mitmachen.

GR Rolf Wehrli: Ich möchte ergänzen, dass der Einwohnerrat eine Motion im Zusammenhang mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept überwiesen hat. Die Reglemente sind in der Ausarbeitung und kommen so sicher wie das Amen in der Kirche. Dort kann man das regeln. Nur der Kanton ist noch nicht so weit und müsste halt auch „den Finger aus dem Allschwilerweiher herausnehmen“ (*Gelächter*).

Heinz Schiltknecht: Eine Frage: Wann kommt das Parkraumbewirtschaftungsreglement. Es muss schnell kommen, denn es wäre eine gute Einnahmequelle. Wie sieht die Tendenz aus?

GR Rolf Wehrli: Es wird rechtzeitig kommen, das kann ich Euch versichern. Sicher im Jahre 2007.

GP Beat Stingelin: In den Legislaturzielen steht es auch geschrieben und wir wollen das einhalten, was dort geschrieben steht.

Abstimmungen:

Die verschiedenen Anträge werden einander gegenübergestellt:

Antrag SP: *„Der Betrieb eines Shuttle-Busses oder des öffentlichen Verkehrs muss bis eine halbe Stunde nach Betriebsschluss aller Lokalitäten gewährleistet sein.“*

Antrag Grünen/Unabhängige: *„Der Betrieb des Shuttle-Busses ergänzt die Erschließung mit dem öffentlichen Verkehrsmittel, wie z.B. durch die Buslinien 80, 83 und 84 und wird parallel zu diesen geführt.“*

://: Auf den Antrag der SP entfallen 12 Stimmen, auf den Antrag Grüne/Unabhängige entfallen 18 Stimmen. 7 Enthaltungen.

://: Auf den Antrag Grüne/Unabhängige entfallen 15 Stimmen, auf den Antrag des Gemeinderates entfallen 20 Stimmen. 2 Enthaltungen.

Antrag Grüne/Unabhängige: *„Das Geschäftshaus führt eine Parkplatzbewirtschaftung ein. Dabei gilt der Mindestbetrag von Fr. 1.- pro Stunde, zahlbar ab der ersten Minute. Jede Form von Rückerstattung oder Rückvergütung an die Kundschaft ist unzulässig. Diese Regelung wird beibehalten, bis ein kommunales und übergeordnetes Parkplatzreglement in Kraft tritt.“*

://: Auf den Antrag Grüne/Unabhängige entfallen 15 Stimmen, auf den Antrag des Gemeinderates entfallen 20 Stimmen. 2 Enthaltungen.

7 Ver- und Entsorgung

Petra Ramseier stellt folgenden Antrag im Abschnitt 2: „Das Geschäftshaus IKEA wird im Minergie-Standard gebaut.“

GR Rolf Wehrli: Es ist legitim, dass der Antrag wieder kommt. Es hat sich nichts verändert und ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat beschliesst mit 20 : 14 Stimmen und 3 Enthaltungen

://: Der Antrag wird abgelehnt.

Ende 1. Lesung

Geschäft Nr. 2441**Tätigkeitsbericht der GPK 2005 / 2006**Aktenhinweis:

- Bericht der GPK vom 22. August 2006

Gert Ruder: Ich bin gerne bereit, allfällige Fragen zu beantworten bitte aber die GPK-Mitglieder, die schon länger dabei sind, mich dabei zu unterstützen.

Heinz Schiltknecht: Wir finden den Bericht gut, speziell der selbstkritische Umgang mit sich selber, und dass sie die gemachten Fehler auch deklariert. Wir hoffen, dass der Gemeinderat das gleiche auch macht. Es fällt mir auf, wie viele Ein- und Austritte zu verzeichnen sind. Die Verweildauer hat abgenommen und das ist keine Einstellung. Wenn man ein Amt übernimmt muss es den Leuten bewusst sein, was es heisst, in einem Rat oder in einer Kommission tätig zu sein. Das ist mit Arbeit verbunden. Ich bitte alle, dass Sie ein gewisses Verharrensvermögen an den Tag legen. Wir sind alle aufgerufen.

Petra Ramseier: Wir danken für den Bericht und sind froh, dass es wieder anläuft.

Rudolf Meury: Die grossen Parteien wehren sich ständig für die Kommissionssitze. Und jetzt haben wir den „Salat“. Den ständigen Austausch stelle ich schon seit geraumer Zeit fest. Wenn wir uns anbieteten heisst es immer, dass wir zu klein seien. Jetzt könnt ihr Euch selber an der Nase nehmen.

Urs Hess: Wir sind froh, dass ein Präsidium da ist und dass wieder gearbeitet werden kann. Die GPK ist nicht für die Geschichtsschreibung da, sondern muss nah am Geschehen sein und schnell reagieren können. Wir danken der Kommission für den Einsatz.

Stefan Löw: Wir danken den GPK-Mitgliedern für die Arbeit. Der Bericht ist jedoch kurz und ohne Aussage. Es liegt vor allem am Präsidium, eine solche Kommission zu führen. Was hat die Kommission 2005 und 2006 gemacht? Gemäss Bericht eigentlich gar nichts. Die GPK ist durchaus legitimiert, sehr heikle Angelegenheiten zu prüfen. Ich lege der GPK ernsthaft ans Herz, den Gemeinderat sehr kritisch anzuschauen und auch zu beurteilen, was auf der Verwaltung passiert. Mit der neuen Besetzung ist zu hoffen, dass neuer Wind hineinkommt und meine Vorwürfe möchte ich nicht der jetzigen Kommission in die Schuhe schieben.

Kurt Lanz: Ich danke Stefan Löw für den letzten Satz. Dem jetzigen Präsident kann man das nicht vorwerfen. Ich bin überzeugt, dass es gut funktionieren wird und danke der jetzigen GPK. Ich möchte keine Schuldzuweisungen an Leute machen, die schon gar nicht mehr dabei sind.

://: Der Einwohnerrat nimmt den vorliegenden Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2005/2006 zur Kenntnis.

Geschäft Nr. 2445

Zonenplan Siedlung, Mutation Nr. 11 „Stockmatt“

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 5. September 2006

Rolf Hohler: Die SVP-Fraktion hat grundsätzlich nichts gegen einen solchen Quartierladen. Wir sind für Eintreten.

Urs Baumann: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und ich bitte Sie, daraus keine Lex Lidl zu machen.

Petra Ramseier: Wir stellen den Antrag auf Nichteintreten. Die Umzonung ist ein Teil von Pratteln-Mitte und wir sehen nicht ein, warum das Geschäft für Lidl vorgezogen werden soll. Wir schaffen ein Präjudiz für Billig-Discounter. Das wollen wir absolut nicht.

GR Rolf Wehrli: Hier geht es um die Grundversorgung und nichts anderes. Jedes Quartier hat einen Anspruch auf diese Grundversorgung. Das Quartier hat immer einen Laden gehabt und wir haben uns bemüht, dass dort auch weiterhin ein Laden besteht. Die anderen Grossverteiler haben kein Interesse. Bei der Mutation hätten wir die Grundversorgung in den Vordergrund stellen können, ohne zu sagen, wer dahinter steht. Es geht um eine Mutation und nicht, wer dort hineingeht. Das entscheiden nicht wir. Die Grundversorgung muss in diesem Quartier gewährleistet sein, damit die Leute dort und nicht weit entfernt einkaufen können.

Petra Ramseier: Es ist unbestritten, dass es ein grosses Dilemma ist. Zwei Interessen stehen einander gegenüber. Einerseits die Notwendigkeit eines Quartierladens und andererseits ein Unternehmer, der bekannt ist, dass er mit den Landressourcen nicht sehr effizient umgeht. Ich verweise auf die geplanten Parkplätze. Es muss auch mit mehr Verkehrsaufkommen gerechnet werden. Diese Grundsatzdiskussion „Lex Lidl“ muss geführt werden und zwar auch in der Diskussion von Pratteln-Mitte. Wenn wir das Geschäft heute vorziehen, dann kann das nicht mehr stattfinden.

GP Beat Stingelin: Im Zusammenhang mit Pratteln-Mitte wurde das diskutiert. Wir haben nichts Neues erfunden, denn diese Zone wird auch in Pratteln-Mitte so ausgewiesen. Wir haben hier eine Planung und wir können nicht sagen, wir machen nirgends etwas. Die Versorgung steht im Vordergrund. Wir haben viele Schreiben erhalten, so auch von Verein 3. Alter. Wir haben im Neubau an der Muttenzerstrasse einen Laden mit rund 250 Quadratmeter. Nur fehlt der Betreiber und es ist tatsächlich nicht attraktiv. Man hat Leute aus dem Gewerbe kontaktiert, aber nicht einmal als Franchisenehmer will jemand dort hinein. Ich bin enttäuscht. Der Betreiber des kleinen Kioskes kann sich die Einrichtung eines Cafés vorstellen. Das ist aber keine Grundversorgung. Stimmen Sie der Vorlage zu.

Olga Aeberhard: Es gibt ein grosses Bedürfnis. Wir wollen eintreten und zustimmen. Der Vorstoss von Christine von Arx zu diesem Thema wurde vor nicht allzu langer Zeit eingereicht und behandelt.

Bruno Baumann: Die SP ist der Meinung, dass es eine Aufwertung für das ganze Quartier bedeutet. Es gibt ältere Leute, die nicht mehr gut im Dorf einkaufen können. Es geht auch um den Respekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Quartier. Das vermehrte Verkehrsaufkommen möchten wir auch nicht und deshalb wollen wir einen Quartierladen und nicht drei oder vier. Wir sind für Eintreten.

Petra Ramseier: In der Diskussion bei Pratteln-Mitte wurde auch immer gesagt, dass man keine Billig-Discounter will und sich der Gemeinderat dafür einsetzen wird.

Urs Baumann: Wenn kein anderes schweizerische Unternehmen wie Migros, Coop oder Denner dort bauen will, dann sagen wir den Leuten einfach, sie müssen halt wegzügelnd oder im Dorf einkaufen. Das kann nicht sein.

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat setzt sich schon lange für den Laden ein. Ich verweise auf mein Votum vorhin. Uwe Klein hat tagelang versucht, einen Laden in das Quartier zu bekommen. Das wir uns nicht selbst in den Laden stellen und „Verkäuferlis“ spielen ist wohl auch klar.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Der Antrag für Nichteintreten wird abgelehnt.

Rolf Hohler beantragt, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Es gibt Abweichungen zu Pratteln-Mitte. Der verschwenderische Umgang mit dem Land stört uns ein wenig. Es ist allenfalls eine Lösung mit einer Einstellhalle zu prüfen. Ob sich die Römer darüber freuen, das sei dahin gestellt. Auch der Mehrverkehr gibt uns ein wenig zu denken und wir hoffen, dass bei einer Bebauung, das örtliche Gewerbe berücksichtigt wird. Die tatsächlichen Verkaufspreise sehen wir dann erst, wenn der Laden offen ist.

Urs Baumann: Ich bitte Sie, den Überweisungsantrag abzulehnen. Die Mutation ist in Pratteln-Mitte enthalten. Zur Landverschwendung: Der Laden und Parkplatz werden cirka so gross wie der bestehende Coop-Laden. Die ältere Bevölkerung wird froh sein über einen Laden.

André Stöckli: Mir persönlich ist es auch nicht sympathisch, wenn am Dorfeingang ein Billig-Discounter zu stehen kommt. Aber noch weniger sympathisch ist die Schaffung von Wohnraum. Dort schaffen wir Wohnraum für eine gewisse Bevölkerungsstruktur. Mir ist aber sympathisch, dass dort ein Laden gebaut wird, Arbeitsplätze geschaffen werden und die Leute nicht im Ausland einkaufen. Ich bitte Sie den Überweisungsantrag abzulehnen. Das ist hier nicht nötig.

Benedikt Schmidt: Ein Laden mit 80 Parkplätzen oder noch mehr, das ist kein Quartierladen mehr. Der Kanton nennt es in seiner Stellungnahme eine Verkaufsfiliale eines Grossverteilers.

Kurt Lanz: Wir sind nicht generell gegen den Laden, aber ich unterstütze eine genauere Prüfung durch die BPK.

Stefan Löw: Investitionen von Investoren sind nicht Sache des Einwohnerrates. Wir sind die Vertreter der Einwohner und wenn jemand einen Laden bauen will, dann

müssen wir dazu stehen. Wer diesen dann betreibt, ist nicht Sache des Einwohnerrates. Um einen Laden erfolgreich zu betreiben bedingt einen gewissen Umsatz.

GR Max Hippenmeyer: Hier geht es um eine Umzonung und nicht um die Bewertung eines Bauprojektes. „Netterweise“ haben wir in den Unterlagen das Projekt beigelegt. Ich hätte Mühe, wenn in diesem Gebiet Wohnungen, mit Aussicht auf Schenectady, entstehen sollten.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

Der Rat beschliesst mit 19 : 12 Stimmen und 6 Enthaltungen:

://: Das Geschäft Nr. 2445 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Die Sitzung wurde um 21.55 Uhr beendet.

Pratteln, 23. Oktober 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Siegfried Siegrist Bruno Helfenberger